Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 12 (1932-1933)
Heft: 2

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Neuzeit unter dem Einfluß des veredelten Bergsportes zu Neuschöpfungen eigenen Rechts und eigener Schönheit emporgeschwungen. Ich denke, um nur wenige zu nennen, an Gottlieb Lüthis „Excelsior", Gustav Haslers „Hochland (1920), Hans Rhyns „Bergschatten" (1928) und Jacob Heß' „Wildheu" (1931), die, frei von jeder Phrase, jugendfrisch die einen, voll reifer Männlichkeit die andern, ganz aus dem Naturerlebnis des Alpenwanderers oder Hochgipfelkletterers hervorgewachsen scheinen. Ausgesprochen oder nicht, liegt in ihnen jenes Grundgefühl, das schon in Scheffels „Ekkehard" (1862) dem einsamen Mönch am Wildkirchli zum Glauben wird: die Berge ziehen den Menschen über sich hinauf, sie erziehen ihn. Die Berge als Erzieher ist das Thema von Roseggers „Erdsegen" (1900), von Federers „Berge und Menschen", von Renkers „Einsame vom Berge", von Omptedas „Excelsior", und selbst in der Travestie von Friedr. Perkonigs „Bergsegen" (1928) schimmert das Gold dieser Wahrheit durch den Schutt und Moder eines früh zerstörten Lebens.

So kehren wir rückschauend über den weiten Weg, den die Alpendichtung hinter sich hat, zum Anfangspunkt, zum Ursprungsquell zurück, zum Herzen des ernsten Dichters und Denkers, der die beseligende Freiheit der Berge, wenn nicht zum erstenmal tief und groß gefühlt, so doch zum erstenmal würdig besungen hat.

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau.

Tardieus Donauwalzer / Italien stört die europäischen Konferenzträume / Verfassungsrevision in Sicht?

Gebietsregelungen, die organischem Leben widersprechen, rächen sich mit aller Sicherheit binnen kurz oder lang. Die neue Gliederung des Gebietes zwischen Mitteleuropa und Rußland nach der Zerschlagung des habsburgischen Reiches ist etwas vom Widersinnigsten, was die Pariser Vorortsverträge geschaffen haben. Die ethnopolitischen Sünden zeigen sich in ständigen Minderheitenspannungen, die eine andauernde akute Kriegsgefahr darstellen. Seit die Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes im Donauraum sich wirtschaftlich und finanziell in unheilvoller Weise für das übrige Europa auszuwirken beginnt, und seit ein Staat nach dem andern mehr oder weniger vor der Pleite steht und ein Moratorium verlangt, beginnt man in Europa eifrig nach Lösungen zu suchen. Neben dem fehlerhaften Gebietsaufbau haben ein ungesundes Streben nach wirtschaftlicher Autarkie durch Hochzüchtung von leistungsschwachen künstlichen Industrien, mit dem die Nachfolgestaaten Österreich-Ungarns schon von Anfang an erblich belastet sind, und die durch die Labilität der Nachkriegsordnung provozierte außerordentlich starke Militarisierung der neuen Staaten die wirtschaftliche Verarmung der Länder noch gefördert. Die Nachkriegsordnung war bisher noch durchzuschleppen, weil vor allem Frankreich, aber auch andere Kapitalgeber, in zahlreichen großen Anleihen Riesensummen investierten. Damit ließen sich die Ursachen des Nichtfunktionierens der

neuen Ordnung nur verdecken, nicht aber beseitigen, und sie konnte nur weiter bestehen, wenn dieses Pumpsystem immer weiter klappte. Nun weigerten sich aber in jüngster Zeit die in entscheidenden Augenblicken immer wieder geschäftlich denkenden Engländer der City, in das unergründliche Loch immer mehr auf Nimmerwiedersehen verschwinden zu lassen. Eine Neuregelung, die einige Dauer versprach, drängte sich als unausweichlich auf, und für Frankreich, das bisher eine ihm ununangenehme Revision durch seine Anleihenspolitik hinauszuschieben vermochte, handelte es sich darum, dabei wenigstens die Führung nicht zu verlieren. Diesem Bestreben verdankt der Vorstoß von Tardieu seine Entstehung.

Daß eine Neuordnung kommen muß, und zwar bald, wenn die Schäden nicht allzu groß sein sollen, darüber sind sich alle europäischen Mächte heute einig. Die Kundgebungen Italiens, die Erklärung des deutschen Vertreters von Bülow an der Londoner Viermächtekonferenz, das Vorgehen Frankreichs und Englands Verhalten lassen darüber keinen Zweifel mehr. Dagegen ist die Art der Regelung nach dem negativen Erfolg der Londoner Viermächtekonferenz heute noch eine offene Frage.

Vorerst war man auf das Ergebnis der Vorbesprechung zwischen Tardieu und Mac Donald, zu der sich dieser auf französischen Wunsch bereit gefunden hatte, gespannt. Schon zu Anfang schrieben französische Blätter von dem „ersten befriedigenden Eindruck einer grundsätzlichen Einigung mit England"; dann sprach man bereits von einem englisch-französischen Plan und von einer „weitgehenden Einigung". Im Verlauf der Besprechungen begann die Presse zu schwanken zwischen Freud und Leid, und am Ende ließ sich der große Abstand der Meinungen durch sehr allgemein gehaltene Erklärungen nur schlecht verbergen. Man stellte mit Bedauern in Frankreich fest, man hätte „nach den Besprechungen mit John Simon mehr erwartet". Vor allem ergab sich der Eindruck, daß England eine Bindung durch die Vorbesprechungen strikte ablehnte. Während Tardieu die besonders enge Verbindung mit England besonders hervorhob, betonte Mac Donald die Gleichberechtigung aller Teilnehmer an der Viermächtekonferenz, und während Tardieu die politische Einmischung anderer Großmächte gern verhindert hätte, sicherte Mac Donald ausdrücklich Deutschland und Italien volle Rücksichtnahme zu.

Die folgende Viermächtekonferenz, die die Richtlinien für die Konferenz der Donaustaaten ausarbeiten sollte, begann nicht vielversprechend. Vorerst wurde auch hier der Optimismus hochgepeitscht, man sprach von einer „Richtungsänderung in der französischen Politik vor allem in Bezug auf die allgemeinen europäischen Probleme". England zeigte sich gegenüber dem Tardieuplan äußerst zurückhaltend und es offenbarte sich vor allem, „daß die City es ablehnt, die mehr politisch als wirtschaftlich inspirierten Maßnahmen, die der Tardieuplan vorsieht, zu unterstützen". Die italienische Politik erwies sich entschlossen zu einer „Politik der Abwehr gegen alle Versuche, die eine den italienischen Interessen gefährliche Neugruppierung der Donaustaaten herbeiführen möchte". Deutschland legte in einem sehr umfangreichen statistischen Material die wirtschaftliche Unmöglichkeit der geplanten Fünferföderation dar und setzte an deren Stelle einen eigenen Vorschlag, der die Gewährung von Präferenzzöllen für die Getreideproduktion der Agrarstaaten im Donaugebiet und allgemeine Präferenzzölle für Österreich vorsieht. Beide Staaten verlangten auch die Einbeziehung von Bulgarien, während die Beteiligung der Tschechoslowakei in ihrer Notwendigkeit in Frage gestellt wurde. Die Londoner Konferenz verlief ergebnislos und zeigte eine deutliche Isolierung Frankreichs.

In den Donaustaaten selber hat man dem Tardieuplan gegenüber stärkstes Mißtrauen. „In den Hauptstädten an der Donau herrscht die Meinung, daß es sich entweder um ein französisches Wahlmanöver, eine Intervention der Banken oder eine rein politische Aktion handelt" (wg. in NZZ). Das Vorgehen Tardieus

ging auch etwas zu stark über die Köpfe der direkt beteiligten Staaten hinweg und behandelte sie als Schachfiguren in der Hand Frankreichs. Der Widerstand gegen das Projekt Tardieus wagt sich indessen nicht recht ans Licht, und es zeigt sich wiederum mit aller Deutlichkeit, wie stark die Stellung Frankreichs gegenüber der Kleinen Entente ist. Einen starken Hemmschuh bildet auch die durchwegs schwache Stellung der Regierungen, die vor unpopulären Maßnahmen Angst haben und zu wichtigen Verhandlungen nur „Beamte, Experten und verbrauchte Politiker" schicken, nicht aber die Leute, die die Macht in den Händen haben. Ein Hauptfehler, der das Projekt der Bevölkerung vor allem unsympathisch macht, ist das Überwiegen der Bankinteressen beim ganzen Plan. „In den Donauländern dürfte sich die Auseinandersetzung um das Fünferprojekt als Kampf zwischen den Banken und den Bauernparteien abspielen", wobei die Bankwelt z. B. jetzt in der Tschechoslowakei über die Skodawerke zunehmend an Einfluß gewinnt.

Über allen wirtschaftlichen Erwägungen darf man in der Schweiz nicht den hochpolitischen Charakter des Tardieuplanes übersehen. Frankreich betont zwar immer wieder, daß keine Großmacht sich in die Donauföderation einmischen dürfe und daß es namentlich gelte, von Deutschland und Italien dieses Desinteressement zu erlangen; es gelte, „alle politischen Sonderinteressen auf dem Altar der Solidarität zu opfern". Wo es so schön tönt, soll offenbar etwas übertönt werden. „Alle Unklarheiten verschwinden, sobald der Kritiker von der Annahme ausgeht, Frankreich benütze die Finanzkrise, um durch Eingliederung Ungarns und Österreichs in die Kleine Entente eine Föderation zu errichten, die in Anlehnung an Polen, aber unter Ausschluß Bulgariens im Osten ein politisches Gegengewicht gegen Deutschland und Italien sichern könnten". „Es zeugt vom Prestige der französischen Finanzmacht, daß sogar Gegner Frankreichs auf jede Betrachtung dieser Hintergründe verzichten: obschon maßgebende Politiker in Privatgesprächen solche Zusammenhänge offen zugeben" (wg. in NZZ). Auch bei uns fehlen die Betäubungsversuche nicht. Der Pariser Korrespondent der NZZ schreibt: „Frankreich verfolgt mit dem Donauplane keine unmittelbaren egoistischen Interessen, sondern dient gleichzeitig der Ordnung und Stabilität Europas". „Es ist zweierlei, ob eine Großmacht ihre direkten wirtschaftlichen Herrschaftsmittel Europa aufzwingen will, wie es Deutschland mit dem Zollprotokoll versucht hatte, oder ob eine Macht nur die drohende Gefahr der Hegemonie einer andern abwenden will, ohne sich selbst an ihre Stelle setzen zu wollen oder zu können, wie es heute der Fall Frankreichs ist". Das ist der schweizerischen Naivität wirklich zu viel zugemutet.

Nach der Londoner Konferenz ist der Tardieuplan nicht tot. Bereits hat Frankreich erreicht, daß er als Traktandum an der Lausanner Reparationskonferenz besprochen wird. Dort hat Frankreich natürlich eine starke Stellung, und offenbar dürfte es sich darum handeln, die unumgänglichen Zugeständnisse Frankreichs in der Reparationsfrage nur um den Preis der Fünferföderation zu erlangen.

Die Neuordnung im Donauraume ist dringend und im raschen Vormarsch. Darf hier die Schweiz die Führung ganz andern überlassen, wo für sie wirtschaftliche, finanzielle und auch politische Interessen von großer Tragweite auf dem Spiele stehen? Es scheint uns an der Zeit, daß man auch in unserem Lande sich überlegt, wie man sich zu den vielen Donauprojekten stellen will.

* * *

Wie ein frischer Windzug wirkte in der heutigen dünstigen und sumpfigen Luft der internationalen Politik der Beschluß des italienischen Großen Faschistenrates, der die Richtlinien für Italiens Außenpolitik der nächsten Zukunft enthält. Die Beschlüsse entsprechen Mussolinis bisheriger Haltung und namentlich seiner großen

außenpolitischen Rede des Jahres 1928; es ist überhaupt bemerkenswert, wie früh und mit welch klarem Blick der italienische Regierungschef die internationalen Probleme erkannt hat. Der Große Faschistenrat erklärt, Italiens außenpolitische Bestrebungen gingen dahin, das Problem der Reparationen und Kriegsschulden zu lösen durch Verzicht und Streichung, die Hindernisse für den internationalen Austausch zu beseitigen und die Lage der Donau- und Balkanländer zu regeln. Ferner erstrebt Italien die Revision der Friedensverträge, die „nur die Ursache der Beunruhigung der Völker und Keime zu neuen Kriegen" seien. Endlich soll man dazu gelangen, „künftighin auf die zu zahlreichen internationalen Konferenzen zu verzichten, die immer neue Hoffnungen in den Völkern erregten und stets von den schwersten Enttäuschungen begleitet seien und die Reibungsfläche vergrößerten". Diese Beschlüsse wenden sich in ihrem kritischen Teil scharf gegen die „sozietären Veranstaltungen der internationalen Politik", die heute „zu einer Branche ausgebaut sind, die sich getrost neben die Fremdenindustrie stellen darf". Aber auch ihr aufbauender Teil ist bemerkenswert und zeugt von einer starken Aufgeschlossenheit der italienischen Außenpolitik. Die Beschlüsse des Faschistenrates wecken in uns Schweizern einige grundsätzliche Überlegungen. Einmal zeigen sie eine erfreuliche Gestaltungsfähigkeit einer jungen, vom Auftrieb pulsierenden Lebens getragenen Politik, im Gegensatz zur Unfruchtbarkeit der vergreisten Staaten, die das heutige System tragen. Die starke Dynamik des Faschismus, die sich in einer vorherrschenden Beteiligung der jüngeren Generation an der aktiven Politik äußert, wirkt belebend auch auf internationalem Boden. Beschämt müssen wir feststellen, daß unsere schweizerische Außenpolitik im besten Fall über ein unbeteiligtes Beiseitestehen nicht hinausgekommen ist, und daß sie dort, wo sie Stellung bezogen hat, immer wieder ein selbständiges schweizerisches Vorgehen vermissen ließ und eher ein starres Festhalten an einem lebensunfähigen Status quo unterstützt hat. Wollen wir uns weiterhin damit begnügen, im Schlepptau anderer mitzugehen und die Führung in den entscheidenden Fragen anderen zu überlassen?

Italien nimmt heute unbestritten in außenpolitischen Fragen eine starke, selbständige Stellung ein, und Mussolini und der Außenminister Grandi haben in ihrem Vorgehen eine sehr geschickte Hand. Offenbar ruht Italiens starke Stellung in der Solidität des Regimes. Die Festigung des Regimes setzte viele Kräfte zur Mitarbeit an sachlichen Aufgaben frei, die in einem parlamentarischen Regime durch den ständigen Wechsel der Führerschaft gebunden sind. Die neusten Vorgänge auf internationalem Gebiet sind nicht geeignet, dem Parlamentarismus neue Freunde zu werben. Während ein beständiges Regime es der italienischen Regierung erlaubte, in den zehn Jahren ihrer Herrschaft sich in die internationalen Probleme einzuarbeiten und heute eine Außenpolitik auf lange Sicht zu führen, sind alle internationalen Arbeiten heute lahmgelegt durch die deutschen, die französischen und die amerikanischen Wahlen. Die Außenminister müssen ihre Kräfte im Wahlkampf vergeuden, und derweil werden dringende Entscheide endlos verschleppt. Bereits ist angekündigt worden, daß auch in der Reparationsfrage bis zum Frühling 1933 an eine endgültige Behandlung nicht zu denken sei, da vorerst die Wahl des amerikanischen Präsidenten abgewartet werden müsse.

Der Große Faschistenrat hat außerdem beschlossen, zur Frage eines weiteren Verbleibens Italiens im Völkerbund im kommenden Herbst Stellung zu beziehen und eine weitere Mitgliedschaft davon abhängig zu machen, wie der Völkerbund sich zur Frage der Revision stellt. Die offiziöse Presse ließ bereits durchblicken, daß Italien, wenn „es den Eindruck gewinnt, daß der Völkerbund die Lösung dringlicher Fragen immer wieder hinausschiebt, um den Interessen einzelner zu dienen" (Corriere della Sera), sich zurückziehen werde.

* * *

In gleichem Maße, wie heute der Liberalismus an schöpferischer Kraft zurückgeht, verliert auch unser Verfassungsleben an politischer Lebendigkeit und sinkt die Verfassung immer mehr zu einer von keiner inneren Anteilnahme mehr getragenen Form herab. Die heute noch im wesentlichen geltende Bundesverfassung von 1848 und der sich auf sie gründende Staat sind das Werk des Liberalismus. Heute ist unsere Verfassung alt, und auch die Kreise, die sie tragen, sind alt. Die junge Generation steht ihr innerlich fremd und unbeteiligt gegenüber. Neue Bewegungen in Europa haben ihr neue, zeitgemäßere Möglichkeiten politischer Gestaltung gezeigt, deren werbende Kraft nicht an den Schweizergrenzen Halt macht.

In den letzten Jahren ertönt darum hin und wieder ein kräftiger Ruf nach Totalrevision unserer Bundesverfassung. Es sei verwiesen auf die Bücher von Carl Horber und Paul Lang. Jetzt scheint die Revisionsbewegung auch praktisch in Fluß zu kommen, nachdem die sozialdemokratische Parteileitung der Schweiz auf Antrag der zürcherischen Geschäftsleitung eine Kommission eingesetzt hat, die die Vorarbeiten für eine Totalrevision der Bundesverfassung an die Hand nehmen soll, „mit dem Ziele, dem heute noch auf die Interessen der Besitzenden zugeschnittenen Grundgesetz des Landes sozialen Inhalt zu geben und es mit den Lebensnotwendigkeiten der breiten Volksmassen in Übereinstimmung zu bringen". Die katholischen „Neuen Zürcher Nachrichten" haben den Ruf sofort zustimmend aufgenommen. Auch in freisinnigen Kreisen, namentlich im Schoße der liberalen Jugend, beschäftigt man sich schon seit einiger Zeit mit der Frage einer Verfassungsrevision.

Eine Totalrevision kann auf alle Fälle nicht von denen ausgehen, gegen die sie sich richten muß: von den Trägern des heutigen Systems. Die Vorschläge, die von liberaler Seite kommen, sind denn auch alle politisch unfruchtbar und höchstens geeignet, die Revisionskräfte auf ein totes Geleise zu schieben. Für diese Kreise ist die Verfassung nur ein juristisches Problem, keine politische Frage. Im Grunde genommen, erscheint ihnen die heutige Ordnung schlechthin vollkommen; höchstens kann es sich noch um die Einführung der Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Abänderung des Artikels 113 betr. Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit von Bundesgesetzen, die Einführung von Gesetzesinitiative und obligatorischem Gesetzesreferendum im Bunde und um eine juristische Stilisierung unserer „unsystematischen" Verfassung handeln. Die Sozialdemokraten sind bei uns politisch ebenso unfruchtbar, wie in Deutschland. Den revolutionären Schwung haben sie schon längst verloren, und heute haben sie den liberalen Staat vollkommen akzeptiert. Sie denken rein wirtschaftlich und wollen die Verfassung lediglich „den Lebensnotwendigkeiten der breiten Volksmassen" anpassen, wobei auch hier die liberalisierte Sozialdemokratie nicht weit kommen dürfte. Die Katholiken erwarten von einer Revision vor allem die Beseitigung der konfessionellen Artikel und sind daher revisionistisch eingestellt. Auch materiell sind sie sicher dazu berufen, bei der kommenden Revision ein gewichtiges Wort mitzureden, da sie heute noch die einzige Bewegung haben, die auf universalistischem Boden steht, und deren soziale und politische Grundhaltung den neuen Strömungen weitgehend entspricht. „Der Staat besitzt als vornehmste Pflicht die Aufgabe, nicht nur Person und Eigentum des Bürgers zu schützen, sondern ihm auch zu helfen, den harten Kampf um ein bescheidenes Auskommen zu bestehen". „Nicht zuletzt werden auch die Artikel über die Freiheitsrechte der Bewohner unseres Landes einer Durchsicht zu unterziehen sein und zwar in positiver wie in negativer Richtung" (Neue Zürcher Nachrichten).

Wenn die Verfassungsrevision wirklich unseren Staat verjüngen soll, muß sie grundsätzlich sein. Einer vollständigen Umarbeitung wird der politische Teil zu unterziehen sein, der von den staatlichen Organen und von der staatlichen Willensbildung handelt. An Stelle der heutigen

Papierdemokratie muß ein mit aristokratischen Führungselementen durchsetzter wahrer Volksstaat treten. Die individuellen Freiheitsrechte und der Grundsatz der Gewaltentrennung sind heute weitgehend überholt. Eine Verfassungsrevision hat nur einen Sinn, wenn sie denjenigen Kräften entspricht, die den Staat in Zukunft tragen sollen und die auch zu politischem Einsatz bereit sind. Weite Kreise der jungen Generation mit ausgesprochen politischem Willen stehen heute den Parteien fern und erstreben eine grundsätzliche Erneuerung unseres staatlichen Lebens. Eine solche kann von den heutigen Parteien, die im Alten festgefahren sind, nicht ins Werk gesetzt werden. Anderseits fehlt noch die starke Volksbewegung, die die Verfassung, die kommen muß, tragen könnte. Die Zeit wird auch hier die Dinge reifen und die Schweiz, die heute im Rückstand ist, wieder in Front bringen. So sehr wir uns freuen, daß die Revisionsbewegung jetzt in Fluß kommt, weil sie die Geister in Bewegung bringt und auf die Wurzel unserer innerpolitischen Erstarrung gerichtet ist, so scheint uns der Zeitpunkt für einen fruchtbaren und grundsätzlichen Neubau unseres Staates noch verfrüht.

Zürich, den 27. April 1932. Ernst Wolfer.

Zur politischen Lage.

Nach den deutschen Länderwahlen. — Vor der französischen Kammerwahl. Das Elsaß vor den Wahlen. — Im Westen und im Osten nichts Neues!

Erwartungsgemäß ist Hindenburg im zweiten Wahlgange mit einem starken Mehre zum zweiten Male für 6 Jahre zum deutschen Reichspräsidenten gewählt worden. Die Wahl legt Zeugnis ab von der Hochachtung für Hindenburg in weiten Kreisen des deutschen Volkes. Sie ist deshalb und als Bürgschaft für eine gewisse Stetigkeit des Kurses an der Spitze des Reiches nur zu begrüßen. Das hat mit der Presse Englands, Amerikas u. s. w. u. s. w. auch unsere schweizerische Presse anerkannt.

Bei dieser Gelegenheit aber kommen einem Beobachter der Zeitereignisse, der einigermaßen über Gedächtnis verfügt, doch mancherlei Erinnerungen an die Zeit vor 6 Jahren. Sozusagen die ganze schweizerische Presse hat damals die Wahl Hindenburgs als ein Landesunglück für Deutschland, als schlimmste Gefahr für den europäischen Frieden, als unmittelbaren Vorboten der Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland, als Auftakt zu einem neuen Krieg bezeichnet. In der „Neuen Zürcher Zeitung" schrieb damals drei Tage vor der Wahl der Berliner Vertreter dieses Blattes, daß alle Deutschen, die für Hindenburg stimmen würden, politische Analphabeten seien! So schrieb nicht nur Herr Dr. Bretscher von der N. Z. Z., sondern so schrieben auch sehr viele Redaktionen schweizerischer Blätter. Heute kommen einem die damaligen schweizerischen Prophezeiungen unglaublich komisch vor. Es scheint einem, daß nicht die deutschen Hindenburgwähler politische Wickelkinder und Analphabeten gewesen sind, sondern Herr Dr. Bretscher und seine schweizerischen Geistesgenossen. Blind sind sie mit der deutschen Linkspresse durch Dick und Dünn gelaufen und haben darüber allen eigenen Verstand verloren, sofern . . . . Wer mehr von diesen Dingen wissen will, der kann ja einmal meine Rundschau im Maiheft 1925 nachlesen!

Ist es aber heute mit der außenpolitischen Weisheit unserer Presse und ihren Prophezeiungsgaben viel besser bestellt? Wer darauf eine Antwort haben will, der soll nur einmal die deutsche innere Entwicklung der letzten Wochen im Spiegel der Schweizerpresse und in der durch die Wahlen vom letzten Sonntage festgestellten Wirklichkeit miteinander vergleichen. Das Unterliegen Hitlers bei der Reichspräsidentenwahl wurde als entscheidender Mißerfolg ausgelegt. Die Auflösung der Hitlertruppen erschien als überragender Sieg der Gegner der National-

sozialisten. Zusammen mit einer Reihe von lokalen Vorkommnissen genügte das, um den endgültigen Abstieg der Hitlerbewegung vorauszusagen. Diese Meinung entsprach natürlich wiederum völlig der der deutschen Linkspresse von den Sozialisten bis zu den Demokraten, diesmal aber auch der des deutschen Zentrums. Sie entsprach auch durchaus der amtlichen preußischen Wahlmache, die das sozialistische Preußenkabinett betrieb.

Und wieder einmal ist man damit völlig fehl gegangen. Der Wahlgang in Preußen, Württemberg und Bayern zur Bestellung der Landtage hat am letzten Sonntag erneut ein starkes Anwachsen der Nationalsozialisten gebracht. In Preußen ist die nationalsozialistische Landtagsfraktion von einem unbedeutenden Grüppchen bis zu einem vollen Drittel des Landtages hinaufgeschnellt. In dem kleineren Anhalt hat es gar zur Bildung einer Rechtsregierung gereicht. Hitler hat damit einen großen Triumph errungen. Wichtiger aber noch als das allgemeine zahlenmäßige Anschwellen erscheint der starke Einbruch in die eng geschlossene sozialistische Phalanx. Noch in der letzten Rundschau habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß in den all den vielen Teilwahlen eine Schwächung der Sozialisten bisher noch nie möglich war. Nun ist das in den großen Wahlkörpern der drei ansehnlichsten Bundesstaaten in ausgiebigem Maße gelungen. Die Sozialisten haben überall ein Drittel ihres Bestandes verloren. Das erscheint mir das wichtigste Kennzeichen der diesmaligen Wahlen.

Damit ergibt sich nun doch noch die Aussicht auf einen Endsieg für Hitler. Jetzt ist nur noch die Zentrumspartei geschlossen und widerstandsfähig und dann die äußerste Linke der Kommunisten. Beides war seinerzeit auch in Italien der Fall, bevor der Fascismus mit Gewalt aufräumte. Auch daß der bürgerliche Nationalismus der Deutschnationalen noch einigermaßen vorhanden ist, während die liberalen Gruppen aller Schattierungen und die reinen Wirtschaftsparteien einfach weggefegt wurden, paßt durchaus zu dem Bild. Auch in den Anfangsjahren des Fascismus spielten die nationalistischen Blauhemden noch eine Rolle, bis die völlige Verschmelzung kam. Theoretisch ist also die Bahn für die Nationalsozialisten zur Macht in dem Augenblicke frei, wo der Einbruch in die organisierten Arbeitermassen gelingt, wie sie durch die Sozialisten verkörpert werden. Praktisch ist es natürlich noch durchaus eine Frage, wie weit diese theoretisch vorhandene Möglichkeit wird ausgenützt werden können. Ich halte dafür, daß das durchaus nicht leicht sein wird, und der Enderfolg ist natürlich erst recht zweifelhaft. Aber das alles ändert an der bedeutsamen Tatsache nichts, daß die Preußenwahlen vom letzten Sonntag Hitler ein schönes Stück Weg frei gemacht haben.

Voraussetzung für die ganze Entwicklung bisher und für ihr Andauern in der Zukunft ist natürlich die verzweifelte Lage des deutschen Volkes, wie sie nun seit zwei Jahren besteht und sich immer weiter verschärft. Es hat seinerzeit in Italien das grenzenlose Durcheinander der Nachkriegszeit mit den Fabrikbesetzungen der Sozialisten, den kommunistischen Ausschreitungen und dem gänzlichen Versagen der Staatsgewalt gebraucht, um den Fascismus groß werden zu lassen. Es hat auch das grenzenlose wirtschaftliche Elend der zwei letzten Jahre in Deutschland gebraucht, um den Nationalsozialismus lawinengleich anschwellen zu lassen. In solchen Notzeiten spielen dann die kleinen parteitaktischen Künste und Kniffe keine Rolle mehr. In solchen Sturmzeiten versagen auch Regierungskunststücke, wie sie die Preußenregierung der Herren Braun und Severing in so reichem Maße anzuwenden liebte. Dann äußert sich eben die Enttäuschung der Massen und ihr instinktartiges Suchen nach einem Neuen und Besseren, das wieder einen Ausweg in eine bessere Zukunft gewähren kann, mit geradezu elementarer Wucht.

Das hat man bisher in der Schweiz nicht begriffen. Man hat den furchtbaren Druck, unter dem das ganze deutsche Volk heute steht, nicht erfaßt. Man macht sich keine rechte Vorstellung, was 6 Millionen Arbeitslose bedeuten und

was der Bankerott ganzer Volksschichten mit sich bringt. Wohl liest und hört und sieht man manches davon, aber was bedeuten diese vorübergehenden Eindrücke, wenn es einem selber noch verhältnismäßig so gut ergeht? Unter diesen Umständen sieht man dem politischen Gewimmel in Deutschland immer noch ziemlich verständnislos zu. Man gibt sich erst recht keine Rechenschaft darüber, was schließlich aus einer solchen Notlage für Eruptionen hervorbrechen können und was das für ganz Europa bedeuten würde. So kann man derartige Enttäuschungen erleben wie am letzten Sonntag.

* * *

Bedeutungsvoll sind auch die Wahlen, die nur 8 Tage nach den deutschen Länderwahlen in Frankreich stattfinden werden. Die Parlamentswahlen werden für 4 Jahre den Kurs der französischen Politik bestimmen. Sie sind also von erheblicher Wichtigkeit, aber sie werden wohl keine große Veränderung bringen. Dazu sind die französischen Verhältnisse zu gefestigt, ist die Lage Frankreichs zu sicher. Außerdem wirkt das System der Einerwahlkreise mit der starken Benachteiligung der volkreichen Städte und Industriebezirke zu Gunsten des Landes, des aufstrebenden Nordens zu Gunsten des stagnierenden oder absterbenden Südens sehr konservativ. Im gleichen Sinne aber arbeitet das französische Parteiwesen mit seiner Unzahl von Gruppen und Schattierungen, mit seinen unklaren, einander verzweifelt ähnlichen Programmen und seinen in allen Farben schillernden „führenden Köpfen". Man denke an die famosen Sozialisten wie Paul-Boncour oder Varenne, die so ausgezeichnet den französischen Imperialismus und die eigene Tasche zu pflegen verstehen. Man denke an jene vorwärtsstrebenden Politiker, die von den Sozialisten durch alle Parteien gerutscht sind und schließlich zu äußerst rechts landeten, wie z. B. der Biedermann Laval. All das läßt gewöhnlich das Ergebnis der französischen Wahlen nicht so scharf zum Ausdruck kommen wie in andern Ländern, es läßt dafür aber auch nachher im Parlament Raum für die verschiedensten Entwicklungen und die erstaunlichsten Überraschungen.

Wohl ist ja in Frankreich ein Gegensatz zwischen der Rechten und der Linken vorhanden, aber zwischen den ausgesprochenen Gruppen der Linken, Sozialisten und Radikale, und jenen der Rechten, Konservative und Republikaner um Marin, findet man kleinere und größere Grüppchen, die immer hin und her schwanken. Dabei kommt es auf die Bezeichnung nicht an, sondern auf die Führer und ihre Regierungsbindungen oder Aspirationen. So ist ja der „Linksrepublikaner" Tardieu, der Chef einer ausgesprochenen Rechtsregierung! Die alten Bezeichnungen haben eben jeden Wert verloren. Umso mehr aber geht der Kampf um die Persönlichkeiten. Es ist deshalb auch diesmal nicht zu erwarten, daß zwischen den beiden Lagern der Linken und der Rechten umwälzende Verschiebungen stattfinden. Wohl rechnet ja die Linke damit, daß eine Rechtsregierung und zugleich das Mißfallen an den mancherlei auch in Frankreich spürbaren Folgen der Weltwirtschaftskrise in den Wählermassen einen Ausschlag nach Links bringen werde. Ob das aber in großem Umfange der Fall sein wird, ist sehr unsicher. Das aber ist gewiß, daß diesmal die Kommunisten schlecht abschneiden werden. Sie wüten in Frankreich genau so untereinander wie bei uns in der Schweiz, und immer waschechtere Kommunisten werfen die bisherigen Führer hinaus. Was übrig bleibt, verdammt sich so selber zur Bedeutungslosigkeit. Daraus aber werden die Sozialisten Nutzen ziehen. Im übrigen aber sind die Herren Tardieu, Laval, Marin und Konsorten so geschickte Wahlmacher, daß ihnen das Glück im Wahlgang schwerlich unhold sein wird. An entscheidende Veränderungen innerpolitischer Art darf man also bei den französischen Kammerwahlen nicht glauben.

Noch weniger wird das in außenpolitischer Beziehung der Fall sein. Hier ist der Unterschied in den Auffassungen eines Tardieu und eines Herriot in Wirklichkeit trotz aller Phrasen so gering, daß an eine Kursänderung überhaupt nicht

zu denken ist. Die französische Außenpolitik ist seit Jahrhunderten zielbewußt und ihre Hauptideen sind der Masse der Gebildeten ohne Unterschied der innerpolitischen Einstellung allen gleich geläufig. So kann man denn auch von dem großen Europäer Herriot je nach Bedarf genau die gleichen Äußerungen hören, wie sie eben für den französischen Nationalismus bezeichnend sind. So wird sicher die Außenpolitik Frankreichs von den jetzigen Kammerwahlen unberührt bleiben, sei nun der Wahlausgang so oder so.

* * *

Erhebliches Interesse darf dagegen der Wahlausgang im benachbarten Elsaß beanspruchen, nicht wegen der Nachbarschaft, sondern wegen des scharfen Kampfes zwischen den elsäßischen Autonomisten und dem französischen Nationalismus aller Färbungen. Nirgends kann einem so klar werden, wie der Franzose aller Parteien in der Einstellung zum fremden Wesen und zum Ausland ohne Unterschied der Parteifärbung einheitlich denkt, wie gerade bei der Betrachtung der elsäßischen Verhältnisse. Da sehen wir Sozialisten und Bürgerliche, radikale Freimaurer und konservative Katholiken, Arm in Arm in rührender Einigkeit gegen den verhaßten Autonomismus, gegen jede Regung der deutschen Landesart zu Felde ziehen. So geschieht es auch diesmal.

Scharf sind deshalb die Fronten gezogen. Durch das ganze Elsaß stehen sich die Autonomisten und die Nationalisten gegenüber. Die alte katholische Partei, die mehr liberalen Gruppen der Fortschrittspartei und der scharf autonomistischen Landespartei, schließlich die elsäßische Arbeiterpartei der früheren Kommunisten unter Führung des Straßburger Bürgermeister Hueber, stehen in einem Lager. Sie werden bekämpft bis aufs Messer von den Sozialisten, den großbürgerlichen Demokraten, den kulturkämpferischen Radikalen, den Nationalkatholiken und — den moskautreuen Kommunisten, alles unter Führung der Präfekten der dritten Republik. Aus einer solchen Lage ergeben sich natürlich die komischsten Verwicklungen, und die Parteiprogramme der antiautonomistischen Front müssen vielfach sehr dehnbar sein. In Lothringen ist das Durcheinander ebenfalls sehr groß, wenn auch nur in einem Teil der deutschlothringischen Wahlkreise der Autonomismus eine wirkliche Rolle im Wahlkampf spielt.

Es muß sich nun zeigen, wie weit sich der heimattreue Gedanke im Lande gehalten hat, wie weit er etwa Fortschritte gemacht hat. Auf die Einzelheiten möchte ich erst beim Vorliegen des Wahlergebnisses eintreten.

* * *

Mit ein paar Worten muß aber doch noch auf die hinter all den Wahlen und der Wirtschaftskrise ziemlich in den Hintergrund tretenden Verhältnisse der internationalen Politik eingetreten werden. Neues ist da freilich nicht zu berichten. In Ostasien erfreut sich Japan seiner mit den Waffen gewonnenen Stellung, die Völkerbundskommission aber untersucht, und in Genf verhandeln die Völkerbundsratsstaaten darüber. An den Tatsachen aber und an den Machtverhältnissen in Ostasien haben natürlich alle diese Verhandlungen überhaupt nichts geändert. Nach wie vor bleibt Ostasien ein Alp für die Völkerbundspolitik.

Die Abrüstungskonferenz rüstet weiter ab. Nachdem zuerst die Franzosen unter Tardieu den Ton angegeben hatten, haben nun die Angelsachsen die Führung übernommen. Dafür ist Tardieu diplomatisch erkrankt zu Hause geblieben. Auch das alles hat an der Tatsache, daß einstweilen nicht abgerüstet wird, nichts geändert.

Die Verhandlungen über die Donaukonföderation haben sich zerschlagen. Deutschland und Italien waren doch nicht bereit, zu Gunsten der französischen Pläne die Kosten zu bezahlen. Die Lage dort unten im Balkan wurde also als höchst hilfsbedürftig anerkannt, und dann ging man auseinander. Und ebenso

stand es mit jeder tatsächlichen Besserung der europäischen Lage. Die Tatsache, daß die europäischen Staaten wirtschaftlich zusammen gehen sollten, ist allgemein als richtig festgestellt worden; deshalb nähern wir uns der Zeit des Tauschhandels immer mehr und verschwinden alle europäischen Staaten hinter bergehohen Zollmauern, Einfuhrverboten, Reiseverboten u. s. w. Die Unmöglichkeit der weitern Zahlung der deutschen Reparationen steht fest, aber Frankreich weicht jeder Verhandlung darüber aus und alles bleibt in der Schwebe.

Die Verhältnisse in Europa werden sich also kaum so rasch ändern. Im Westen und im Osten nichts Neues!

Aarau, den 30. April 1932. Hektor Ammann.

Kultur- und Zeitfragen

Redaktor.

Dem Journalismus wollen Sie sich zuwenden, Redaktor wollen Sie werden, vertrauensvoller junger Mann? Ei nun, warum nicht! Nicht wahr, Sie haben Humor? Recht viel und recht kräftigen? Nehmen die Leute nicht zu ernst und sind ein bischen Philosoph? Suchen nicht das Ihre und werden nicht zu bitter ob des Schauspiels, wie unverfroren es andere tun? Haben eine wohlausgebildete geistige Schwimmblase? Ich meine: haben in stiller Schlichtheit Auftrieb genug in sich, nicht unterzusinken im wichtigtuerischen Quark des Alltags, in den Fluten des Notizenhaften, in die Sie tiefer hinein müssen, als Ihnen je lieb sein darf? Haben einen geduldigen Chronistensinn, aber immer noch entschiedener ein Zukunftsträumen, Visionen und Sehnsucht? Haben Achtung vor der Sprache und halten sie nicht für vogelfrei? Glauben an die Persönlichkeit und ihr Vorrecht vor jeglicher Herde, jeglicher Pannergenossenschaft? Suchen nicht zeitliches Glück und die ewige Seligkeit durch Vereinszugehörigkeit, Amtli-Hypertrophie, einhellige Leitsätze-Annahme und Beifall rund herum? Nicht? Nun, so legen Sie los! Sie stehen doch immer auf dem Felde der Arbeit und hören Quellen des Geistes wenn nicht immer rauschen, so doch murmeln. Und eines kann Ihnen sicher versprochen werden: der Redaktionssessel gestattet, wie vielleicht kaum eine andere Sitzgelegenheit, ungehinderte, üppigste Ausblicke auf die wogenden Saatfelder menschlicher Eitelkeit, Einzel- wie Gesellschaftssorte! Sie werden für dieses Schauspiel ganz vorn sitzen und alles sehen; man wird zu Ihnen kommen und wird Sie ohne weiteres in ehrendes Vertrauen ziehen; überall hin, wo Leute gerühmt sein möchten, wird man Sie einladen, und man wird nicht müde werden, Sie auf alles und jedes aufmerksam zu machen, was etwa auch noch anerkannt, gepriesen, bewundert werden könnte. Haben Sie einmal unglücklicherweise so etwas zu erwähnen vergessen, so wird man Sie nachträglich daran erinnern, so daß Sie es, sich entschuldigend, nachholen können. Alle werden Ihnen helfen, bis alles in Ordnung ist, und wenn Sie Talent erweisen, wenn Sie jedem geben, was jeder von Ihnen erwartet, werden Sie lieber Mann sein weit in der Runde. Wenn Sie Studien treiben wollen auf diesem Feld — ich wüßte Ihnen keinen besseren Beobachtungsposten zu nennen! Es wird Ihnen von den Eitelkeiten kaum etwas entgehen, Ihre Rundschau wird vollständig sein, alle werden zu Ihnen kommen! Keinem großen Kliniker winkt in seinem Studiengebiet mehr Material! Aber nicht etwa, daß Sie meinten, auch Sie seien zum Operieren berufen! Nicht wahr, Verehrtester? Nun, Sie haben ja wohl einen soliden Humor — also rin in die Kartoffeln!

St. Gallen. Oskar Fäßler.